

Stadtratssitzung vom 24. Januar 2020

Bericht Nr. 37/2019

Erweiterung Verwaltungsgebäude Industriestrasse 2

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 8'420'000 Franken für die Realisierung des Erweiterungsbaus und Genehmigung der Abstimmungsbotschaft

1. Das Wichtigste in Kürze

Am Verwaltungsstandort Industriestrasse ist ein Bürobau mit 78 Arbeitsplätzen geplant. Der Erweiterungsbau ist Teil der übergeordneten Verwaltungsraumplanung. Hauptnutzerin wird die Abteilung Informatikdienste (IDT) sein. Die Ausführungskosten betragen 8'420'000 Franken.

2. Ausgangslage Verwaltungsraum

Die Thuner Stadtverwaltung ist mehrheitlich auf die drei Hauptstandorte Rathaus, Thunerhof und Industriestrasse 2 konzentriert. Jeder Standort hat spezifische Eigenschaften:

Das Rathaus ...

... steht für Repräsentanz. Das historisch wertvolle Gebäude ist Regierungs- und Parlamentssitz und beherbergt die funktionsnahen Bereiche der Direktion Präsidiales und Stadtentwicklung (Stadtkanzlei, Rechtsdienst, Stadtmarketing und Kommunikation, Fachbereich Wirtschaft).

Der Thunerhof ...

... steht für Öffentlichkeit. Das ehemalige Grandhotel ist seit 1947 ein Verwaltungsgebäude. Aufgrund der zentralen Lage und der Historie wird der Thunerhof als Verwaltungsstandort wahrgenommen. Hier befinden sich denn auch Abteilungen mit hoher Besucherfrequenz aus fast allen Direktionen. Die gute Erreichbarkeit wird geschätzt. Dies ist v.a. bei Leistungserbringungen für Drittgemeinden (Bsp. AHV-Zweigstelle) wichtig.

Im historischen Gebäude mit Baujahr 1875 ist die Nutzungsflexibilität eingeschränkt. Die Struktur ist starr und kleinteilig. Die Fläche kann nicht optimal ausgenutzt werden, grössere Abteilungen sind räumlich getrennt. Die Lebenszykluskosten sind jedoch dank der soliden Bausubstanz vergleichsweise tief. Der Altbau ist nicht für technische Installationen wie Lüftungen, Kühlgeräte oder Kabelkanäle ausgelegt. Technisch anspruchsvolle Abteilungen wie das Stadtarchiv wurden deshalb bereits an die Industriestrasse ausgelagert. Trotz einer zurzeit laufenden Neuorganisation im Thunerhof sind die Platzverhältnisse zunehmend kritisch und führen zu ineffizienten Arbeitsabläufen. Der Gemeinderat hat sich mehrmals zum Standort Thunerhof bekannt. Eine Veräusserung steht mittelfristig nicht zur Debatte.

Der Standort Industriestrasse 2 ...

... steht für Betrieb und Versorgung. Hier befindet sich der städtische Werkhof (und bis zum geplanten Umzug auch der Sammelhof). Im längsseits angebauten Verwaltungstrakt sind die Büros der Direktion Bau und Liegenschaften, das Bauinspektorat, die Fachstelle Arbeitsintegration, die Abteilung Stadtentwicklung, das Stadtarchiv und das Finanzinspektorat untergebracht. Der Bürotrakt wurde 2002 erworben. Der Standort liegt eher peripher, ist aber gut erschlossen und vereint sämtliche Betriebseinheiten. Das Areal verfügt über ein grosses Entwicklungspotenzial, so dass an diesem Standort aufgrund der vorhandenen Fläche bei Bedarf längerfristig die gesamte Verwaltung untergebracht werden könnte.

Die Konzentration funktional ähnlicher Nutzungen in den drei Verwaltungsstandorten hat den Vorteil, dass die Infrastruktur gut ausgelastet ist und die kurzen Wege die Zusammenarbeit vereinfachen.

3. Zukunft Verwaltungsraum

Bedarf

Aktuell stehen der Stadtverwaltung an den drei Standorten knapp 360 Büroarbeitsplätze (AP) zur Verfügung (Thunerhof 230, Industriestrasse 100, Rathaus 30). Wie die Verwaltungsraumplanung zeigt, sind die Büroräume voll ausgelastet. Es gibt kaum mehr Reserve- und Rochadeflächen.

Entwicklung

In der Vergangenheit wurde versucht, das Wachstum an Büroarbeitsplätzen innerhalb der bestehenden Flächen aufzufangen. Seit 2012 wurde der Büroraum der Thuner Stadtverwaltung nicht mehr erweitert. Einzelne Aussenstandorte wurden sogar aufgehoben. Durch verschiedene Entwicklungen stösst man nun aber an Grenzen: So ist z.B. die Informatik in den letzten Jahren – insbesondere wegen der Schulinformatik – stark gewachsen und benötigt deutlich mehr Platz. Der Raumbedarf bei den Informatikdiensten ist akut. Wegen der zunehmenden Bedeutung der Digitalisierung ist ein Ende des Wachstums der Informatikdienste gegenwärtig nicht abzusehen. Zudem ist die Tendenz zu Teilzeitarbeit auch in der Thuner Stadtverwaltung steigend. Mit dem Zuwachs an Mitarbeitenden steigt der Büroraumbedarf. Schliesslich führt die Zentralisierung der Aussenstellen zu mehr Raumbedarf an den drei Standorten. Durch das Bevölkerungswachstum und durch die Zunahme von Aufgaben, die vom Bund und vom Kanton an die Gemeinden übertragen werden, ist in den nächsten Jahren mit einem Personalwachstum zu rechnen. Für den Gemeinderat macht es deshalb Sinn, dem Stadtrat eine Lösung vorzuschlagen, bei der man für die Zukunft zusätzliche Flexibilität gewinnt. Die Verwaltung braucht für die Aufgabenerfüllung ausserdem minimale Reserve- und Rochadeflächen.

Arbeitsplatzqualität

Die Qualität des Arbeitsplatzes gewinnt heute bei der Stellensuche zunehmend an Bedeutung. Die täglichen Arbeitsbedingungen haben einen massgeblichen Einfluss auf Motivation, Leistung und Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit auch auf die Produktivität und den Erfolg einer Organisation. Neue Arbeits- und Zusammenarbeitsformen (z.B. im Rahmen von Projekten und Teamarbeit) erfordern moderne und zeitgemässe Büroarbeitsplätze.

Personalrekrutierung

Die Stadtverwaltung hat in verschiedenen Bereichen Schwierigkeiten, das erforderliche Fachpersonal zu finden (z.B. Ingenieurwesen, Informatikbereich). Im Kampf um Talente steht die Stadt im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft, der kantonalen Verwaltung und der Bundesverwaltung. In Bezug auf den Lohn kann die Stadt mit den vorhandenen Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt nicht immer mithalten. Eine der Stärken der Stadtverwaltung könnte dabei die Lage und die Ausgestaltung der Arbeitsplätze sein. Mit attraktiven Arbeitsplätzen nahe am Wohnort und in einem guten Arbeitsumfeld könnte die Stadt die bestehenden Konkurrenz Nachteile teilweise wieder wettmachen. Die Rekrutierungschancen der Stadt Thun auf dem Arbeitsmarkt werden mit der vorliegenden Verwaltungsraumerweiterung erhöht.

Standard

Die Büroflächenstandards für die Thuner Verwaltung sind in Anhang 1 der Ständigen Weisung über die Nutzung von Verwaltungsbauten vom 23. Mai 2013 (SW 9) geregelt. Alle Mitarbeitenden mit einem Arbeitspensum ab 50 Prozent haben Anspruch auf einen individuellen Büroarbeitsplatz. Die Nutzfläche variiert nach Funktion: 18 m² für Büros von Abteilungsleitenden, 18 m² für Büros für zwei Personen, 12 bis 14 m² für einen Arbeitsplatz mit Besprechungstisch, 9 m² pro Person in einem Gruppenbüro (ab drei Personen). Für eine zeitgemässe Büroraumplanung muss eine Reservefläche über alle Abteilungen von fünf Prozent (also 18 AP) vorhanden sein. Diese fehlt momentan.

Mittelfristige Verwaltungsraumplanung (1 bis 5 Jahre)

Innerhalb des Thunerhofs wird der mittelfristige Büroraumbedarf mit einer umfassenden Flächen-Reorganisation gedeckt (Planung abgeschlossen, Umsetzung Oktober 2019 bis Mitte 2020). Ziel ist, die Abteilungen räumlich zu konzentrieren, zu verdichten und einen Flächenausgleich unter den Abteilungen zu erlangen. Aktuell wird wegen akuten Platzmangels das grosse Sitzungszimmer als Büroraum genutzt. Der Handlungsbedarf ist gross. Die Rochade ermöglicht eine vertretbare Unterbringung der Verwaltungseinheiten im Thunerhof für die kommenden vier Jahre. Der Auszug der Abteilung Informatikdienste in den Erweiterungsbau ab 2022 ermöglicht die Verlegung des Personalamtes vom Bärffussgebäude in den Thunerhof. Auch die Arbeitsplätze, die heute im Chalet Hofstettenstrasse untergebracht sind, können danach im Thunerhof integriert und die beiden Gebäude einer anderen Nutzung zugeführt werden. Es verbleibt eine Reserve von ca. zehn Arbeitsplätzen, was in etwa der Forderung der SW 9 entspricht (fünf Prozent der Gesamtanzahl AP Thunerhof).

Langfristige Verwaltungsraumplanung (5 bis 20 Jahre)

Ziel ist, den Verwaltungsstandort Industriestrasse 2 nachhaltig im Sinne einer hohen Nutzbarkeit zu entwickeln. Der im Vorfeld erarbeitete Masterplan zeigt den baulichen Entwicklungsspielraum innerhalb des stadteigenen Areals auf. Der geplante Erweiterungsbau schliesst geschickt die bestehende Lücke zum benachbarten Gebäude der Energie Thun AG und ergänzt den Bestand. Unter Berücksichtigung der Auflösung des Bärffussgebäudes (Verlust von 20 Arbeitsplätzen sowie einem Schulungsraum) erhöht sich der Bestand um 58 Arbeitsplätze, welche den Bedarf langfristig decken. Sollte der Thunerhof als Verwaltungsgebäude aufgrund der genannten Nachteile eines Tages nicht mehr genügen, könnte der Standort Industriestrasse durch weitere Neubauten die Gesamtverwaltung vereinen (mit Ausnahme Rathaus als Regierungssitz). Der Entwicklungsspielraum der bisherigen Betriebe ist sichergestellt.

Mietlösung

Im heutigen Tiefzinsumfeld ist es nicht nur für Privatpersonen und Unternehmen, sondern auch für die Stadt Thun sinnvoll, Kapital in Immobilien zu investieren. Im Vergleich zu einer Mietlösung ist Eigentum daher vorteilhaft. Eine Mietlösung ist längerfristig teurer und hat im Betrieb erhebliche Nachteile (Abhängigkeit von Vermieter, fehlende Entwicklungsmöglichkeiten, keine Nutzung von Synergien). Ausserdem benötigt auch ein Mietobjekt in der Regel bauliche Anpassungen im Mieterausbau, welche durch die Stadt Thun zusätzlich zu den jährlichen Mietzinsen zu finanzieren wären. Die Thuner Verwaltung soll deshalb eigene Gebäude und Grundstücke belegen. Langfristig soll sich die Stadtverwaltung auf möglichst wenige Standorte konzentrieren. Eine Mietlösung bietet kein Entwicklungspotential und käme einer «Pflasterli-politik» gleich. Durch den neuen Erweiterungsbau an der Industriestrasse 2 können hingegen die Arbeitsplätze an den zwei Aussenstandorten Bärffussgebäude und Chalet Hofstettenstrasse aufgehoben werden. Die beiden Gebäude sind für Büroarbeitsplätze nicht geeignet und können einer anderen Nutzung zugeführt werden.

4. Erweiterungsbau Verwaltungsgebäude

Der Stadtrat bewilligte am 30. Juni 2016 den Wettbewerbskredit über 380'000 Franken und am 25. Oktober 2018 den Verpflichtungskredit von 823'500 Franken für die Projektierung des Erweiterungsbaus. Das Wettbewerbsprojekt, das ursprünglich nebst Büroräumen auch ein Rechenzentrum beinhaltete, wurde zu einem reinen Bürobau überarbeitet. Dank der hohen Nutzungsflexibilität hat sich das ursprüngliche Projekt kaum verändert, die ehemals für das Rechenzentrum vorgesehenen Bereiche sind nun ebenfalls Büros. Das neue Gebäude mit vier Obergeschossen und einem Untergeschoss schliesst direkt an das bestehende an. Eine räumliche Verbindung besteht auf allen Geschossen des Bestandesgebäudes. Im Bedarfsfalle können die Verbindungen geschlossen und beide Gebäude in jeder Hinsicht autonom betrieben und genutzt werden.

Die Hauptnutzfläche beträgt 1'014 Quadratmeter. Die drei Obergeschosse sind als Büroräume mit einer offenen Raumstruktur konzipiert. Im Erdgeschoss befinden sich ein Schulungsraum, ein grosser und ein mittlerer Sitzungsraum sowie eine Cafeteria. Das Untergeschoss beherbergt die Gebäudetechnik sowie

Lagerräume und zwei geschlechtergetrennte Garderoben. Die Gesamtkosten (Projektierungskredit + Realisierungskredit) pro Arbeitsplatz betragen 118'500 Franken, die Kosten BKP2 pro Arbeitsplatz 88'200 Franken, was im Benchmarkvergleich sehr günstig ist.

Der Erweiterungsbau Verwaltungsgebäude ...

- ... ist als Gebäudeteil autonom.
- ... ist funktional verbunden mit dem Bestand Industriestrasse 2.
- ... ist ein Bürogebäude mit zeitgemässer technischer Ausstattung.
- ... ist im Bürobereich flexibel unterteilbar und nutzungsneutral konzipiert.
- ... ist zertifiziert nach Minergie P ECO.
- ... nutzt erneuerbare Energien sowohl für die Heizung als auch für die Kühlung (Grundwasser).
- ... nutzt die Dachfläche mittels Photovoltaikzellen zur Stromproduktion.
- ... ist geeignet für moderne Arbeitsweisen (Gruppenräume, offene Struktur, rasche Anpassbarkeit).
- ... ermöglicht eine optimale, effiziente Flächennutzung.

Nutzer

Hauptnutzerin des Erweiterungsbaus wird die Abteilung Informatikdienste sein. Aktuell arbeiten 27 Informatikfachkräfte in der IDT. Die Prognose für die nächsten fünf Jahre liegt bei ca. 30 bis 35 Mitarbeitenden. Deren Aufgabe ist das Betreiben des Informatiksystems für die gesamte Stadtverwaltung, die Thuner Volksschulen und angeschlossener Drittkunden. Das Service Center ist für den First Level Support zuständig und hilft bei Anwenderproblemen direkt per Telefon. Jährlich werden rund 10'000 Help-Line-Anrufe durch die IT-Fachspezialisten bearbeitet. Die Fachabteilung Support ist für die Bereitstellung und den Betrieb der PC Arbeitsplätze und deren Software zuständig. Der Bereich Technik plant und entwickelt die gesamte IT-Infrastruktur und stellt die zentralen Services zur Verfügung. Alle Fachabteilungen der IDT führen Projekte und Beschaffungen in ihrem Zuständigkeitsbereich durch und sind für deren Einführung sowie die Ausbildung verantwortlich. Aktuell sind rund 1'700 IT-Arbeitsgeräte (inkl. Schulen) im Einsatz. Das Rechenzentrum mit den diversen Komponenten wird – auch beim externen Housing – von den Fachspezialisten der IDT überwacht, gewartet und instandgehalten.

Als Abteilung mit Querschnittsfunktion muss die IDT zentral gelegen sein und Anbindung an einen Hauptstandort haben. Diese Anforderungen erfüllt der Neubau. Zudem bietet er die erforderliche flexible Gebäudestruktur und einen technisch zeitgemässen Standard.

Als weiterer Nutzer wird das Planungsamt ein Geschoss des Erweiterungsbaus beziehen. Das Planungsamt umfasst heute 15 Arbeitsplätze. Nach dessen Umzug in die neuen Grossraumbüros können die frei werdenden Arbeitsplätze im Erdgeschoss des Verwaltungstrakts für dringend benötigte, teilweise bereits bewilligte neue Arbeitsplätze der Abteilungen Tiefbauamt, Bauinspektorat, Amt für Stadtliegenschaften sowie der Fachstelle Arbeitsintegration genutzt werden. Die nach den Rochaden verbleibenden Reserveplätze entsprechen der von der SW 9 geforderten Arbeitsplatzreserve.

Bauliche Synergien

Nach dem Umzug der IDT an die Industriestrasse kann ein Teil der Arbeitsplätze, welche die IDT im Thunerhof heute belegt, durch Mitarbeitende der Finanzverwaltung belegt werden, welche heute im Erdgeschoss des Bärfussgebäudes untergebracht sind. Ein anderer Teil kann durch das Personalamt belegt werden. Das Personalamt ist in der Dachwohnung im Bärfussgebäude untergebracht. Das historische Gebäude ist ebenfalls im Eigentum der Stadt Thun. Es ist ein klassisches Wohngebäude und als Büronutzung nicht geeignet. Die 5-Zimmer Wohnung kann nach Auszug des Personalamtes wieder vermietet werden. Der Schulungsraum im Erdgeschoss wird einer anderen Nutzung zugeführt oder vermietet.

Alle den Thunerhof und das Bärfussgebäude betreffenden baulichen Massnahmen sind nicht Bestandteil dieses Kreditantrages.

5. Nutzungsflexibilität und Ökologie

Der geplante Erweiterungsbau zeichnet sich durch eine grosse Nutzungsflexibilität aus. Die Geschossflächen, als Grossraumbüros konzipiert, können als Ganzes, hälftig geteilt, in Teilbereiche gegliedert oder auch in Einzelbüros aufgeteilt werden. Die Bürogeschosse funktionieren autonom und könnten bei Bedarf, dank dem separaten Gebäudezugang, auch an Dritte weitervermietet werden. Im Normalbetrieb erfolgt der Zugang für Kunden über den bestehenden Empfang an der Industriestrasse 2.

Der Erweiterungsbau wurde im Minergie P ECO Standard entwickelt. Es ist die Nutzung des Grundwassers in Kombination mit einer thermoaktiven Bauteilaktivierung (TABS) vorgesehen. Mit dem Einsatz einer Grundwasserwärmepumpe kann im Winter der Bedarf an Wärme abgedeckt werden. Im Sommer zirkuliert das Grundwasser durch die in den Decken verlegten Heizschlaufen und wird so zur Kühlung genutzt. Auf dem extensiv begrünten Flachdach ist eine Photovoltaik - Anlage geplant, welche einen grossen Teil des Strombedarfs abdeckt. Vor dem Gebäude können bei Bedarf Parkplätze mit 5 Ladestationen für E-Autos realisiert werden.

6. Bauwerksmodellierung (BIM, building information modeling)

Der Erweiterungsbau wurde als erstes Projekt der Stadt Thun mit BIM geplant. Der Begriff beschreibt eine Methode der vernetzten Planung, Ausführung und Bewirtschaftung von Gebäuden und anderen Bauwerken mithilfe von Software. Dabei werden alle relevanten Bauwerksdaten digital modelliert, kombiniert und erfasst. Das Bauwerk ist als virtuelles Modell auch geometrisch visualisiert (Computermodell, siehe Bild in Beilage 3). Building Information Modeling findet Anwendung sowohl im Bauwesen zur Bauplanung und Bauausführung (Architektur, Ingenieurwesen, Haustechnik, Tiefbau, Städtebau, Eisenbahnbau, Straßenbau, Wasserbau, Geotechnik) als auch im Facilitymanagement. Mit dieser Methode konnten bereits in der Projektierungsphase verschiedene Konfliktstellen (z.B. Kreuzungen von Leitungen) unter den Fachbereichen erkannt und bereinigt werden. Es bietet aber vor allem grosses Optimierungspotential in der Realisierungsphase.

7. Finanzielles

Mit vorliegendem Kreditgeschäft wird der Ausführungskredit (Investitionskosten) für den Erweiterungsbau beantragt.

7.1 Einmalige Kosten

Am 30. Juni 2016 bewilligte der Stadtrat den Wettbewerbskredit über 380'000 Franken, am 25. Oktober 2018 den Projektierungskredit von 823'500 Franken. Der im Rahmen der Projektierung erarbeitete Kostenvoranschlag für die Realisierung beläuft sich auf 8'420'000 Franken inkl. MwSt. bei einer Kostengenauigkeit von +/- zehn Prozent (Stand 22. Juli 2019, siehe Beilage 2). Die Aufwendungen für die aktivierbaren Eigenleistungen (Projektleiter) im Umfang von 100'000 Franken sind im Gesamttotal eingerechnet.

Für das geplante Vorhaben können keine Beiträge Dritter beantragt werden.

7.2 Folgekosten

Die jährlichen Folgekosten des Projektes ab 2022 betragen 688'600 Franken und ergeben sich aus folgenden einzelnen Positionen:

Rubriken	Berechnungen	Frankenbetrag
Kalkulatorische Zinsen	$8'420'000 \times 0.5 \times 5 \%$	210'500
Abschreibungen (33 $\frac{1}{3}$ Jahre)	$8'420'000 \times 0.03$	252'600

Bauwerkserhaltung (Instandhaltungskosten)	8'420'000 x 1.5 %	126'300
Bewirtschaftungskosten (Energie, Reinigung, Entsorgung, Verwaltung, Hauswartung)	Gemäss FM Monitor Bench- mark (49.80 Franken/m ² x GF=1'992 m ²)	99'200
Total Folgekosten		688'600

7.3 Finanzierung

Die Finanzierung erfolgt im Rahmen der allgemeinen Liquiditätsbeschaffung aus vorhandenen und zu beschaffenden Mitteln.

7.4 Finanzielle Tragbarkeit

Im Aufgaben- und Finanzplan 2020 bis 2023 sind für die Realisierungsphase des Erweiterungsbaus 8,35 Mio. Franken enthalten.

8. Verhältnis zu den Legislaturzielen 2019 bis 2022

Der Erweiterungsbau des Verwaltungsgebäudes Industriestrasse unterstützt insbesondere folgende Legislaturziele des Gemeinderats:

Legislaturziel 7: Thun ist auf dem Weg zur Energiestadt Gold.

Der Erweiterungsbau Industriestrasse ist in Minergie P ECO zertifiziert, setzt konsequent auf die Nutzung erneuerbarer Energien und produziert auf seinem Dach Ökostrom.

Legislaturziel 9: Wichtige kommunale Infrastrukturen sind saniert, erstellt oder im Bau.

Die Verwaltungsbauten gehören zu den wichtigen Infrastrukturbauten der Stadt Thun.

Legislaturziel 11: Thun ist Smart City.

Sowohl die Planung/Ausführung mit Unterstützung durch Bauwerksmodellierung als auch die geplanten modernen Infrastrukturen unterstützen die beabsichtigte Entwicklung hin zur Smart City.

9. Termine

Für die Umsetzung des Vorhabens sind folgende Termine vorgesehen:

Kreditgenehmigung Ausführung durch Thuner Stimmberechtigte (Abstimmung)	17. Mai 2020
Baustart	Frühling 2021
Bezug	Herbst 2022

Antrag

Gestützt auf diese Ausführungen wird Zustimmung beantragt zu folgendem

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 32 Absatz 2 der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 6. Dezember 2019, beschliesst:

1. Den Stimmberechtigten wird Zustimmung beantragt zu folgendem

Gemeindebeschluss:

Die Stimmberechtigten von Thun, gestützt auf Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe c der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 24. Januar 2020, beschliessen:

1. Genehmigung eines Verpflichtungskredits von 8'420'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2230.5040.005 (Bilanzkonto 14040.01.01) für die Ausführung des Erweiterungsbaus Verwaltungsgebäude Industriestrasse 2, Thun.
 2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.
2. Die Abstimmungsbotschaft wird gemäss Entwurf genehmigt.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Thun, 6. Dezember 2019

Für den Gemeinderat der Stadt Thun

Der Stadtpräsident
Raphael Lanz

Der Stadtschreiber
Bruno Huwyler Müller

Beilagen

1. Abstimmungsbotschaft des Stadtrates vom 24. Januar 2020 (Entwurf)
2. Kostenvoranschlag Ausführung, Amt für Stadtliegenschaften, 22. Juli 2019
3. Visualisierungen und Pläne